



ANTISEMITISMUS

Geschichte – Gefahren – Gegenmaßnahmen

HIER WOHNTE
WILHELM GABRIEL
OPPENHEIMER
JG. 1888
FLUCHT 1939 BELGIEN
INTERNIERT MECHELEN
DEPORTIERT 1942
KOSEL
FÜR TOT ERKLÄRT

HIER WOHNTE
ROSEMARIE
OPPENHEIMER
JG. 1924
KINDERTRANSPORT 1939
HOLLAND
INTERNIERT VUGHT
DEPORTIERT 1943
AUSCHWITZ
ERMORDET 24.9.1943

HIER WOHNTE
ANNA OPPENHEIMER
GEB. METZGER
JG. 1896
FLUCHT 1939 BELGIEN
INTERNIERT MECHELEN
DEPORTIERT 1942
ERMORDET IN
AUSCHWITZ

**Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz
Präventionsagentur gegen Extremismus**

Schillerplatz 3-5

55116 Mainz

Telefon: 06131/16-3773

E-Mail: Praeventionsagentur@mdi.rlp.de

ANTISEMITISMUS

Geschichte – Gefahren – Gegenmaßnahmen

Mainz, Oktober 2021

Redaktionsschluss: Juni 2021

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers
Ministerium des Innern und für Sport (Mdi)





Vorwort

„Der Schutz jüdischen Lebens ist und bleibt für uns in Rheinland-Pfalz Staatsräson“, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer am 9. Oktober 2020 bei einer Gedenkfeier in der Neuen Synagoge Mainz zur Erinnerung an die Opfer des Anschlags von Halle an der Saale. Ein Jahr zuvor hatte in der Stadt in Sachsen-Anhalt ein Rechtsextremist am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht, in die Synagoge einzudringen und die dort versammelten Menschen zu töten. Als ihm dies misslang, erschoss er zwei unbeteiligte Personen. Die anschließenden Ermittlungen legten die krude antisemitische Weltsicht des Täters frei.

Wenngleich sich in Rheinland-Pfalz ein derart brutaler antisemitisch motivierter Angriff bislang nicht ereignet hat, registrieren die Sicherheitsbehörden auch hierzulande mehr antisemitische Straftaten als noch vor einigen Jahren. Im Vergleich zu 2015 hat sich deren Zahl nahezu verdoppelt. Zugleich wurden altbekannte judenfeindliche Verschwörungserzählungen, wie diejenige von einer jüdischen Elite, die im Verborgenen wichtige politische Entscheidungsprozesse steuere, neu belebt und zusammen mit anderen Formen von Antisemitismus in den sozialen Medien verbreitet. Die seit Frühjahr 2020 während der Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen geäußerten antisemitischen Mythen und ein dort ebenfalls offensichtlicher sekundärer Antisemitismus verstärkten dies noch.

Im Mai 2021 kam es mit dem Wiederaufflammen des Nahostkonflikts, in dessen Zuge die terroristische Palästinenserorganisation HAMAS mehrere Tausend Raketen auf Israel abfeuerte, auch in Deutschland zu Protesten, die sich gegen die Reaktionen Israels auf die Angriffe richteten. Sympathisanten der HAMAS instrumentalisierten die Situation für einen politisch verbrämten, israelbezogenen Antisemitismus.

Dem Schutz jüdischer Einrichtungen und Interessen sowie einem friedvollen, gewaltfreien Miteinander der Religionen gilt ein besonderes Augenmerk der Politik und der Sicherheitsbehörden – auch in Rheinland-Pfalz. Der Kampf gegen Antisemitismus bleibt eine ständige Verpflichtung für Staat und Gesellschaft, laute dementsprechend die Kernbotschaft der Mainzer Erklärung, die 2015 von der Innenministerkonferenz verabschiedet wurde.

Diese Publikation der beim Verfassungsschutz eingerichteten Präventionsagentur gegen Extremismus soll über die historischen Hintergründe und über aktuelle Formen des Antisemitismus informieren sowie Möglichkeiten der Prävention aufzeigen. Ich freue mich, wenn sie das Interesse vieler Leserinnen und Leser findet.



Roger Lewentz
Minister des Innern und für Sport

INHALT

1. Judentum in Rheinland-Pfalz	7
2. Begriff und Geschichte des Antisemitismus	9
3. Judenfeindschaft „nach Auschwitz“: Israelbezogener und sekundärer Antisemitismus	17
4. Relevanz des Antisemitismus für den Verfassungsschutz	23
5. Antisemitismus in verschiedenen Beobachtungsbereichen des Verfassungsschutzes	29
5.1 Antisemitismus im Rechtsextremismus und „Reichsbürger“- Spektrum	30
5.2 Antisemitismus im Islamismus und Ausländerextremismus	36
5.3 Antisemitismus im Linksextremismus	43
6. Neuere Formen von Antisemitismus	45
7. Antisemitische Straf- und Gewalttaten	51
8. Maßnahmen und Prävention gegen Antisemitismus	55
Anhang	59
Stichwortverzeichnis	60

1. Judentum in Rheinland-Pfalz

Das Judentum hat in Rheinland-Pfalz eine fast 1.700 Jahre alte Tradition. In Trier und Mainz gibt es Zeugnisse jüdischen Lebens aus dem 4. Jahrhundert. Dies belegen Funde mit jüdischen Bildinhalten in den beiden Städten sowie ein Edikt, das zu Zeiten Kaiser Valentinians I. (364-375) in Trier erlassen wurde und das die Einquartierung von Soldaten in Synagogen verbot.¹ Andere eindrucksvolle Belege sind die Kulturstätten in den drei SchUM-Städten² Speyer, Mainz und Worms sowie die ehemaligen Synagogen und jüdischen Friedhöfe in Rheinland-Pfalz. Jüdische Kultur war aber auch abseits großer Städte von Bedeutung. Ein lebendiges Landjudentum prägte viele Dörfer im Hunsrück, in Rheinhessen und der Pfalz. Lange Zeit funktionierte dort ein selbstverständliches Miteinander, das in der Shoah³ ein grausames und abruptes Ende fand⁴.



Neue Synagoge Mainz. © Manuel Herz Architects/Wikimedia

Die jüdischen Gemeinden des Landes haben heute insgesamt mehr als 3.100 Mitglieder. Fünf gibt es derzeit: die Jüdische Kultusgemeinde für die Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld, die Jüdische Gemeinde Mainz, die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz (Speyer), die Jüdische Kultusgemeinde Koblenz und die Jüdische Kultusgemeinde Trier. In Mainz und Speyer wurden 2010 und 2011 neue Synagogen eingeweiht. Und noch immer bezeugen etwa 400 jüdische Friedhöfe in Rheinland-Pfalz, die bis auf wenige aber nicht mehr belegt werden, jüdische Geschichte.

- 1 Landesregierung Rheinland-Pfalz (Hrsg): 1.700 Jahre jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz, abrufbar unter: <https://www.rlp.de/de/unsere-land/1700-jahre-juedisches-leben-in-rheinland-pfalz>, abgerufen am: 08.02.2021.
- 2 SchUM ist ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der mittelalterlichen auf Latein zurückgehenden hebräischen Namen der Städte; weitere Informationen: <https://schumstaedte.de>.
- 3 „Shoah“ (auch Shoa, Schoah, Schoa) ist das hebräische Wort für „Holocaust“ und bedeutet so viel wie „Unheil“ oder „Katastrophe“.
- 4 Berg, A.: „Verfolgt und umworben – Zweitausend Jahre jüdisches Erbe“, SWR, 14.01.2021, abrufbar unter: <https://www.swrfernsehen.de/bekannt-im-land/verfolgt-und-umworben-zweitausend-jahre-juedisches-erbe-100.html>, abgerufen am: 08.02.2021.

2. Begriff und Geschichte des Antisemitismus

Antisemitismus ist mehr als Fremdenfeindlichkeit und mehr als ein soziales oder religiöses Vorurteil. Der Begriff umfasst heute alle Erscheinungsformen von „Feindschaft gegen Juden“ (Wolfgang Benz).⁵ Laut der 1998 gegründeten Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA), einer zwischenstaatlichen Einrichtung zur Aufklärung, Forschung und Erinnerung an den Holocaust, lässt sich Antisemitismus definieren als

„eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Diese „internationale Arbeitsdefinition“ wird auch vom Verfassungsschutz verwendet und kann nützlich bei der Bewertung von Phänomenen als antisemitisch oder nicht-antisemitisch sein.

Ursprünglich ist der Begriff „Antisemitismus“ eine aus der Linguistik entlehnte Wortschöpfung, die im Umfeld der Rassenlehre des 19. Jahrhunderts entstand und von politisch aktiven Judenfeinden geprägt wurde.

Um Antisemitismus zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte unerlässlich. Ihre Wurzeln hat die Judenfeindschaft in religiösen Vorurteilen und Stereotypen sowie der Ablehnung des Judentums durch das Christentum. Der moderne Antisemitismus hat diese Form der Judenfeindschaft im 19. Jahrhundert weitestgehend abgelöst. Am Anfang stand die vorchristliche antike Judenfeindschaft, gefolgt vom spätantiken und mittelalterlichen christlichen Antijudaismus. Danach kamen die neuzeitliche Judenfeindschaft, die noch im christlichen Antijudaismus wurzelte, aber schon moderne Formen des Judenhasses aufnahm, und der moderne Antisemitismus, der im rassistischen Antisemitismus und letztlich in der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik seinen Höhepunkt findet. Seitdem

⁵ Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 455, 2004, S. 10; vgl. für die folgenden Ausführungen auch Bergmann, Werner: Was heißt Antisemitismus?, erschienen am 27.11.2006, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37945/was-heisst-antisemitismus>, abgerufen am: 04.12.2020.

Antijudaismus im Christentum

Mit seiner missionarischen Verkündigung, dass Jesus der verheißene Messias sei, trat das Christentum in Konkurrenz zum antiken Judentum, aus dem heraus es entstanden war. Bereits im 1. und 2. Jahrhundert wuchsen die Spannungen zwischen Christen und Juden. Nach der Verbreitung des Christentums im Römischen Reich und seiner Etablierung als Staatsreligion an der Wende vom 4. zum 5. Jahrhundert erließen verschiedene Konzile antijüdische Edikte, die aus den Jüdinnen und Juden eine geduldete, aber diskriminierte Minderheit machten. Schon in der Spätantike kam es zu gewalttätigen Übergriffen von Christen gegen Juden. Im Mittelalter wurden 1096 im Ersten Kreuzzug unter dem Schlachtruf „deus lo vult“ („Gott will es!“) die Zentren jüdischer Gelehrsamkeit am Mittelrhein, Speyer, Worms und Mainz, vernichtet. Aus christlicher Perspektive führte die „Böswilligkeit der Juden“, denen die Kreuzigung Jesu zugeschrieben wurde, zu ihrer Verwerfung als auserwähltes Volk Gottes.

In Judengassen und Judenvierteln von der mittelalterlichen Mehrheitsgesellschaft abgesondert, wurden Juden durch Kleiderordnungen und andere Markierungen wie den „Judenhut“ und den Gelben Fleck stigmatisiert. Von den wichtigsten beiden Wirtschaftszweigen, der Landwirtschaft und dem Handwerk, waren sie ausgeschlossen. Ihnen war es auch nicht erlaubt, sich in Zünften zu organisieren, handwerkliche Berufe auszuüben oder Land zu erwerben.

Das christliche Zinsverbot galt indes nicht für Juden. In der Nische des Geldverleihs wie in manchen anderen Bereichen des Handels wurden sie geduldet. Mit der Expansion der Geldwirtschaft seit dem Hochmittelalter wuchs die Bedeutung dieses Sektors, während sich das Zinsverbot aufweichte und die Konkurrenz zu christlichen Geldverleihern stieg. Der Stereotyp des jüdischen Wucherers verbreitete sich. Eine angeblich besonders enge Verbindung des Judentums zum Geld zählt seither zu den festen Bestandteilen judenfeindlicher Agitation.

Gegen Ende des Mittelalters wurden die religiösen Feindseligkeiten durch einen Volksaberglauben ergänzt. Mitte des 14. Jahrhunderts kam es zu grausamen Überfällen und der Vernichtung ganzer jüdischer Gemeinden, als den Juden vorgeworfen wurde, durch Vergiftung der Brunnen die Pest verursacht zu haben.

Charakteristisch für den Wandel der mittelalterlichen Judenfeindschaft ist die Ausbreitung des Motivs der „Judensau“ seit dem 13. Jahrhundert. Es illustriert die beginnende Ablösung der Judenfeindschaft von ihren religiösen Quellen. Juden werden nun als Artverwandte der Schweine dargestellt.

Antisemitismus unter Muslimen

Auch unter Musliminnen und Muslimen gibt es Antisemitismus. Dessen Wurzeln reichen bis in den Frühislam zurück. Als Muhammad zu Beginn des 7. Jahrhunderts n. Chr. die islamische Botschaft verkündete und auf der arabischen Halbinsel Anhänger warb, stieß er bei den meisten jüdischen Einwohnern der Region auf Ablehnung. Hieraus entwickelte sich in kurzer Zeit ein Konflikt, der schließlich zur Vertreibung und teilweise zur Hinrichtung der jüdischen Einwohner Medinas führte. Die Auseinandersetzung spiegelt sich auch im Koran wider. Dort finden sich charakterliche Negativzuschreibungen sowie Aufrufe an die Muslime, sich Juden nicht als Freunde zu nehmen und sie bis zur Zahlung einer Tributleistung zu bekämpfen.

In der Folge wurden Jüdinnen und Juden über weite Strecken als unterlegene, religiös konkurrierende Gruppe gesehen, der unter islamischer Herrschaft eine rechtliche Sonderstellung zukam.⁶ Jüdinnen und Juden mussten eine zusätzliche Steuer zahlen und Diskriminierungen erdulden. Im Gegenzug durften sie auf islamischem Gebiet leben und ihre Religion ausüben.⁷ Die Stellung von jüdischen und christlichen Gläubigen in islamischen Gesellschaften wurde religiös geregelt. Demnach galten sie als „Schutzbefohlene“. Dieser Status schützte sie die meiste Zeit vor Vertreibung und Mord, doch wurden die „Schutzbefohlenen“ erniedrigt und verachtet.

6 Vgl. Becker, Ulrike: Islamischer Antisemitismus, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8, 2020, S. 74-85, S. 77 f.

7 Vgl. Küntzel, Matthias: Islamischer Antisemitismus, 30.04.2020, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307771/islamischer-antisemitismus>, abgerufen am: 09.02.2021; vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 31 (2007), S. 4-11, S. 6.

Im Verlauf der Geschichte wendete sich das Schicksal der Jüdinnen und Juden in der islamischen Welt weiter zum Negativen. Dauerhaft prägte ein degradierender Blick die islamisch-jüdischen Beziehungen. So waren Juden noch während des ganzen 19. Jahrhunderts alltäglicher und willkürlicher Gewalt ausgesetzt. Dies sollte sie an ihre Stellung erinnern.⁸

Frühe Neuzeit

Ein häufig untersuchtes Thema aus dieser Zeit war das Verhältnis von Martin Luther (1483-1546) zum Judentum. Luther hoffte zunächst, dass eine erneuerte Kirche die Juden für Christus gewinnen werde. Aus seinen späteren Schriften spricht dann jedoch extremer Judenhass. Luther forderte ihren radikalen Ausschluss, ein gewaltsames Vorgehen gegen sie und betonte, dass die getauften Juden eine besonders große Gefahr darstellten.

Die jüdische Existenz hing fast überall von der Duldung der Obrigkeit ab, die sich an den Juden bereicherte. Für andere wurden sie wegen dieser vermeintlichen Nähe gleichzeitig zur Zielscheibe. Traten Krisen auf, wurde ihnen die alleinige Verantwortung aufgebürdet.

1700 verfasste der Hebraist Johann Eisenmenger (1654-1704) die antijüdische Schrift „Entdecktes Judenthum“. Darin griff er ein Motiv des mittelalterlichen Antijudaismus auf, die Agitation gegen den Talmud, eine der bedeutendsten Schriften des Judentums, mit willkürlich ausgelegten, aus dem Zusammenhang gerissenen und gefälschten Zitaten. Bereits der Titel des Werks suggerierte, dass „die Juden“ heimlich und im Verborgenen agierten und deshalb schwer zu erkennen und zu durchschauen seien. An diesen Stereotyp haben seit dem 18. Jahrhundert immer wieder Verschwörungsphantasien angeknüpft.

8 Vgl. Becker 2020, S. 78.

Moderner Antisemitismus

Im 19. Jahrhundert veränderte sich die Judenfeindschaft. Sie richtete sich nun gegen die rechtliche und soziale Gleichstellung der Juden. Zugleich wurden „die Juden“ immer stärker zu einer Chiffre für gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung sowie Säkularisierung und Nationalisierung eintraten. Die Unterscheidung zwischen Fremdem und Eigenem, die dem seinerzeit gängigen nationalistischen Deutungsschema zu Grunde liegt, machte „die Juden“ zu einem Element, das nicht zur nationalen Ordnung der Welt passte. In ganz Europa mussten Juden in jenen Jahrzehnten gewalttätige Verfolgungen ertragen.

Gegen Ende des Jahrhunderts strebten viele Antisemiten danach, ihre Judenfeindschaft anhand moderner Rassentheorien zu begründen. Als Abstammungsgemeinschaft oder Rasse verstanden, wurden „den Juden“ alle denkbaren negativen Eigenschaften zugeschrieben und sie als minderwertig erachtet. Nationalismus und Rassismus verbanden sich wiederum mit sozialen Statusängsten, kulturell-religiösen Ungewissheiten und politischen Herausforderungen. Antisemitismus keimte in allen Gesellschaftsschichten und sozialen Gruppen. Teile der sozialen Bewegungen wie die Arbeiter- oder die Genossenschaftsbewegung machten Juden und das Judentum für Ungerechtigkeit, Elend und allgemein für den Kapitalismus verantwortlich. Auf der anderen Seite tauchte unter Nationalisten der Stereotyp des jüdischen Revolutionärs und Unruhestifters auf.

Nach dem Ersten Weltkrieg kursierten in ganz Europa die „Protokolle der Weisen von Zion“, ein von der zaristischen Geheimpolizei fabriziertes, angebliches Konzept der Juden, um die Weltherrschaft zu erringen. Obwohl bald feststand, dass das Dokument gefälscht war, ging es in den Kernbestand antisemitischen Denkens ein.

In Deutschland schlossen sich antisemitische Kräfte in Kampforganisationen zusammen, die in der nationalsozialistischen Bewegung aufgingen. Mit Hitlers Machtantritt 1933 wurde der Antisemitismus zu einem Kernelement der Staatsdoktrin. Eine Vielzahl menschenverachtender Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen grenzte Jüdinnen und Juden systematisch aus der Gesellschaft aus und

entrechtete sie. Während des Zweiten Weltkriegs radikalisierten sich die Maßnahmen der NS-Judenpolitik von der Entrechtung über die Ghettoisierung und Konzentration bis zum Massenmord. Der Vernichtungspolitik, von den Nazis als sogenannte Endlösung der Judenfrage bezeichnet, fielen etwa sechs Millionen Menschen zum Opfer.



Befreites Konzentrationslager Auschwitz, in dem rund 1,1 Millionen Menschen starben. © Bundesarchiv/Wikimedia

Der Holocaust beziehungsweise die Shoah prägen die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland wie in keinem anderen Land der Welt. Gesellschaft und Politik kommt hierzulande deshalb eine besondere Verantwortung zu. Unter dem Eindruck des Anschlags von Halle 2019 mahnte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald Lauder: „Wenn es ein Land

auf der Welt gibt, das äußerst sensibel in Bezug auf Antisemitismus sein sollte, dann ist es Deutschland.“⁹

Zusammenfassung

Anknüpfend an die historischen Wurzeln des Antisemitismus und seine Motive in den jeweiligen Entwicklungsphasen lassen sich laut dem Politikwissenschaftler und Soziologen Armin Pfahl-Traughber sechs Erscheinungsformen von Antisemitismus definieren, welche die ganze Bandbreite an antijüdischen Abwertungsmustern erfassen: religiöser (Ritualmordlegenden, Talmudhetze), sozialer (Stereotyp des jüdischen Wucherers, Erzählung von der Lenkung der Finanzmärkte), politischer (Stereotyp des jüdischen Revolutionärs und Unruhestifters), rassistischer (Bezeichnung der Juden als „Untermenschen“, „Parasiten“), israelbezogener und sekundärer Antisemitismus.

9 Lauder, Ronald S.: In Birthplace of Nazism, „Never Again“ Must Really Mean „Never Again“, Frankfurter Allgemeine Zeitung (Online-Ausgabe), 25.10.2019, abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/in-birthplace-of-nazism-never-again-must-really-mean-never-again-16449527.html>, abgerufen am: 06.01.2021.

3. Judenfeindschaft „nach Auschwitz“

3.1 Israelbezogener Antisemitismus



Israelbezogener Antisemitismus der Partei „Der III. Weg“.

arabischen Welt wird beides oft miteinander kombiniert.

Der Antizionismus bildet eine spezifische Deutungsmöglichkeit des jüdisch-arabischen beziehungsweise israelisch-palästinensischen Konfliktes. Zwar ist der Antisemitismus nicht die Ursache des Konfliktes, doch beeinflussten und verschärften judenfeindliche Motive den arabischen Nationalismus. In der Debatte über einen „neuen Antisemitismus“ wird unter anderem auf „doppelte Standards“ verwiesen, wenn an Israels Politik andere Maßstäbe angelegt werden als an andere Staaten.

Erste Hinweise, mit denen sich antisemitische und legitime Formen der Kritik an Israel unterscheiden lassen, ist der von dem israelischen Autor und Politiker Natan Sharansky entworfene „Drei D-Test“, der die Merkmale „Dämonisierung“, „Delegitimation“ und „Doppelstandards“ prüft. „Dämonisierung“ bedeutet, dass ein Bild von Israel gezeichnet wird, das einer Inkarnation des Bösen gleichkommt und dementsprechend die Schuld für den Nahost-Konflikt hauptsächlich dem jüdischen Staat zuschreibt. „Delegitimation“ liegt dann vor, wenn die Legitimation Israels und damit direkt oder indirekt dessen Existenzrecht in Frage gestellt

10 Zionismus bezeichnet das Streben nach einem unabhängigen jüdischen Staat. Das Wort leitet sich ab von Zion, dem Namen des Tempelberges in Jerusalem. Hauptbegründer der Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts einen jüdischen Staat im heutigen Palästina forderte, war der Wiener Journalist Theodor Herzl.

wird. „Doppelstandards“ meint schließlich, dass an die Bewertung Israels andere Maßstäbe angelegt werden als bei der Einschätzung seiner „Gegner“ oder anderer Staaten.¹¹

Um abschließend bewerten zu können, ob bestimmte Auffassungen nicht nur israelfeindlich sind, sondern auch auf einer antisemitischen Position gründen, ist aber zusätzlich ein differenzierter Blick auf die Hintergründe der jeweiligen Akteure nötig. Außerdem ist zu prüfen, ob es Positionen und Äußerungen in anderen Kontexten gibt, in denen klare antisemitische Aussagen nachweisbar sind.¹²

Wie schwierig und umstritten die Differenzierung zwischen antisemitischer und legitimer Israel-Kritik bisweilen ist, hat die Debatte um die im März 2021 veröffentlichte „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ gezeigt. Die Erklärung sieht sich als Alternative zu der Antisemitismusdefinition der IHRA. Beide verstehen sich als nicht rechtlich bindend. Bisher haben rund 300 Forscherinnen und Autoren die „Jerusalem Erklärung“ unterzeichnet, darunter der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz und der Historiker Moshe Zimmermann.

In der Erklärung wird Antisemitismus als „Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Institutionen als jüdische)“ gekennzeichnet. „Der Hass auf den jüdischen Staat verbindet heute alle Antisemiten gleich welcher politischen Richtung; er ist das Bindeglied zwischen allen sonst divergierenden Gruppen und dadurch besonders gefährlich“, schreiben die Autorinnen und Autoren. Der Hass werde häufig als „legitime Kritik“ artikuliert. Diese „Alltagsvariante“ müsse weltweit besonders energisch bekämpft werden, denn sie mache judenfeindliche Stereotype salonfähig und gebe radikalen Kräften „Resonanzraum in der Mitte“. Und zum israelbezogenen Antisemitismus heißt es dort: Jüdinnen und Juden kollektiv

11 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus, 30.04.2020, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israelfeindlicher-antisemitismus> abgerufen am: 10.02.2020.

12 Vgl. ebd.

für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen und sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agenten Israels zu behandeln, sei antisemitisch.

3.2 Sekundärer Antisemitismus

In Deutschland kommt ein Motiv hinzu, das in der Literatur als „sekundärer Antisemitismus“ bezeichnet wird. Dabei geht es um die Abwehr von Scham- und Schuldgefühlen durch eine Gesellschaft, die sich mit einer historischen Täterschaft auseinandersetzen muss. Die offene Auschwitz-Leugnung ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Verbreiteter ist die Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit, begleitet von bagatellisierenden Vergleichen mit anderen Menschheitsverbrechen. Diese Form des Antisemitismus' äußert sich beispielsweise in Internetforen. Auch heute noch gibt es aber einen aggressiven, meist von Neonazis vertretenen rassistischen Antisemitismus.

In seinem Lagebild „Antisemitismus“ stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz 2020 fest: Antisemitismus ist „ein seit Jahrhunderten beständiges Resentiment“ und ein „nicht zu vernachlässigender Faktor in der europäischen Kulturgeschichte“¹³. Diese Bewertung verdeutlicht, dass Antisemitismus weit mehr ist als eine Variante Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine Definition, die ihn nur als System von sozial gesteuerten Vorurteilen gegenüber Minoritäten beschreibt, würde seine besonderen Charakteristika relativieren und verzerren, was auf dem Weg in den Holocaust geschehen ist.

Im Übrigen ist es für viele Antisemiten unerheblich, ob in ihrer Umgebung, im selben Landkreis oder Bundesland Juden leben, geschweige denn, ob sie Menschen jüdischen Glaubens persönlich kennengelernt haben. Antisemitismus zielt zwar in vielen Fällen auf religiöse oder praktizierende Jüdinnen und Juden und ihre Einrichtungen ab, gleichwohl sind regelmäßig auch säkulare und kon-

13 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Antisemitismus, Juli 2020, S. 7, abrufbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/download/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus.pdf>, abgerufen am: 06.01.2021.

vertierte Jüdinnen und Juden gemeint. Ebenso verallgemeinernd ist die häufige Gleichsetzung von „Juden“, „Zionisten“ und „Israelis“, obwohl nicht jeder Israeli jüdisch, nicht jeder Jude oder Israeli Zionist und schon gar nicht jeder Jude Bürger des Staates Israel ist.¹⁴ Ihre Feindschaft kann selbst Menschen treffen, die gar keine Juden sind, einer anderen Religion angehören oder konfessionslos sind, denen sie aber zum Beispiel dieselben negativen Eigenschaften zuschreiben oder die sie im Pakt mit „den Juden“ wähen. Der Begriff „Jude“ wird zum austauschbaren Schimpfwort.

Der Politikwissenschaftler, renommierte Antisemitismus-Forscher und seit August 2020 Antisemitismus-Beauftragte des Landes Berlin, Samuel Salzborn, formuliert diesen Sachverhalt so: „Als kognitives und emotionales Weltbild bietet der moderne Antisemitismus ein allumfassendes System von Ressentiments und (Verschwörungs-)Mythen.“¹⁵ Das reale Verhalten von Juden habe ebenso wenig Einfluss auf das antisemitische Weltbild, wie sich eben dieses Weltbild aus den emotionalen Bedürfnissen der Antisemiten selbst konstruiere. Antisemitismus sei zu verstehen als eine Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft, also eine spezifische Art zu denken und zu fühlen. Der Antisemit, so Salzborn, projiziere die nicht ertragene Ambivalenz der Moderne auf das, was er für jüdisch halte.¹⁶

Antisemitismus gehöre zu den Kernelementen rechtsextremistischer Ideologien, ist eine oft zu lesende Aussage. Allerdings ist Antisemitismus nicht nur Bestandteil rechtsextremistischer Bestrebungen. Entsprechende Ideen und Verhaltensweisen finden sich auch im islamistischen Spektrum und vereinzelt gar unter Linksextremisten als israelbezogener Antisemitismus.

14 Lagebild Antisemitismus 2020, S. 11.

15 Salzborn, Samuel: Was ist moderner Antisemitismus? Dossier Antisemitismus der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 30.04.2020, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307644/was-ist-moderner-antisemitismus>, abgerufen am: 08.03.2021.

16 Ebd.

Zusammenfassende Darstellung über Begriff und Geschichte des Antisemitismus:

Historische Einordnung	Dominierende Erscheinungsform (nach Pfahl-Traugher)	Beispiele und Phänomene
Antike Judenfeindschaft	Religiöser Antisemitismus	Ritualmord, Stereotype von Heimtücke und Verbrechen, Befolgen eigener Gesetze
Spätantiker und mittelalterlicher christlicher Antijudaismus	Religiöser, rassistischer und sozialer Antisemitismus	Stereotyp des jüdischen Wucherers, Vorwurf der „Brunnenvergiftung“, „Judensau“
Frühe Neuzeit	Religiöser, sozialer Antisemitismus	Talmud-Hetze, Mythos von geheimen jüdischen Verschwörungen
Moderner Antisemitismus, 19./20. Jahrhundert	Politischer, sozialer und rassistischer Antisemitismus	Stereotyp des jüdischen Unruhestifters und Revolutionärs, Protokolle der Weisen von Zion, NS-Ideologie: Juden als Parasiten
Judenfeindschaft nach Auschwitz	Politischer, sozialer, israelbezogener, sekundärer Antisemitismus	Dämonisierung und Delegitimierung Israels, Leugnung und Verharmlosung des Holocaust, „Erinnerungsabwehr“, Juden als Unruhestifter

4. Relevanz des Antisemitismus für den Verfassungsschutz

Die Relevanz des Antisemitismus als ein „seit Jahrhunderten beständiges Resentiment“ für den Verfassungsschutz ergibt sich aus dessen Auftrag und seinen Aufgaben. So dient gemäß § 1 des rheinland-pfälzischen Landesverfassungsschutzgesetzes (LVerfSchG) der Verfassungsschutz unter anderem dem „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (FDGO). Diese umfasst „die zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat unentbehrlich sind“: die Garantie der Menschenwürde, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip (§ 4 Abs. 3 LVerfSchG).

So hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem „NPD-Urteil“ im Januar 2017¹⁷ festgestellt. Ihren Ausgangspunkt findet die FDGO laut dem Urteil in der

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 1 GG aus der ersten Ausgabe des Bundesgesetzblattes 1949. © Wikimedia

Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Deren Garantie meint insbesondere die Wahrung der personalen Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit. Das Demokratieprinzip umfasst die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung

der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG). Das Rechtsstaatsprinzip meint die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte und das staatliche Gewaltmonopol (Art. 20 Abs. 3 GG).

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, Bestrebungen zu beobachten, die gegen die FDGO gerichtet sind, „soweit tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen“ (§ 5 LVerfSchG).

Antisemitismus widerspricht der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Laut der im zweiten Kapitel eingeführten Definition der Internationalen Allianz

17 BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13.

für Holocaust-Gedenken (IHRA) ist Antisemitismus „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann“. Dieser richte sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Der 2009 vom Deutschen Bundestag eingesetzte „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ (UEA) wiederum definierte Judenfeindlichkeit als „Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen“.¹⁸

Beim Antisemitismus handelt es sich also um eine feindselige Positionierung gegenüber Jüdinnen und Juden, die als homogene Gruppe betrachtet werden: „Der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten Kollektivs mit verbindender Agenda wahrgenommen.“¹⁹ Antisemiten hängen einer „Ideologie der Ungleichheit“ an, die von einer Ungleichwertigkeit verschiedener kultureller, sozialer oder ethnischer Gruppen ausgeht. Menschen jüdischen Glaubens sind nach dieser Sichtweise weniger wert als Angehörige der eigenen Gruppe. Mit der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde, der Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität, ist eine solche Position unvereinbar.

Zumindest zwei Erscheinungsformen, der rassistische und der politische Antisemitismus, verstoßen auch gegen das Demokratieprinzip beziehungsweise die Volkssouveränität als dessen Kernelement, indem Juden abgesprochen wird, Teil des Volkes zu sein, und sie für unfähig gehalten werden, dem „wahren Volkswillen“ entsprechend zu handeln. Der Volksbegriff des Grundgesetzes ist jedoch an keine Konfession und an kein sonstiges religiöses Bekenntnis geknüpft. Das Volk, von dem nach Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG alle Staatsgewalt ausgeht, ist die Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen sowie der ihnen

18 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2012, S. 10; vgl. auch Lagebild Antisemitismus 2020.

19 Ebd.

nach Art. 116 Abs. 1 GG gleichgestellten Personen. Juden können ihm genauso angehören wie Katholiken, Protestanten, Muslime, Konfessionslose und viele andere mehr.

Die Vorstellung einer homogenen völkischen Gemeinschaft ist der Kern des Gesellschaft- und Staatskonzepts rechtsextremistischer Gruppierungen und Organisationen. Mit einer solchen Deutung ist der Versuch verbunden, die parlamentarische Demokratie von der am Gebot der universellen Gleichheit ausgerichteten Willensbildung zu lösen. Staatsbürgerrechte wie das Wahlrecht sollen nach den Vorstellungen der Rechtsextremisten den Angehörigen der „Volksgemeinschaft“ vorbehalten bleiben. Für überzeugte Antisemiten gehören Juden nicht zu dieser Gemeinschaft.

Die Relevanz des Antisemitismus für den Verfassungsschutz als „Frühwarnsystem“ kann sich auch indirekt ergeben. Dies ist dann der Fall, wenn es um die „Anschlussfähigkeit“ mutmaßlich oder gesichert extremistischer Positionen und Verhaltensweisen an das bürgerliche Lager geht. So kommunizieren Extremisten antisemitische Narrative und Mythen in bestimmten Situationen und in subtiler Weise, weil sie sich davon erhoffen, Brücken dorthin schlagen zu können und um ihre Themen gesellschaftlich möglichst breit zu verankern. Gerade der antizionistische und der sekundäre Antisemitismus eignen sich dafür, weil sie ohne den Rekurs auf religiöse Muster oder Verschwörungserzählungen auskommen. Insofern können judenfeindliche Inhalte auch zu einer „Entgrenzung des Extremismus“, das heißt einem Einsickern extremistischer Gedanken in die Mitte der demokratischen Gesellschaft beitragen.

Als anschlussfähig kann sich Antisemitismus aber nicht nur in Richtung der demokratischen Mitte der Gesellschaft erweisen. Auch innerhalb des extremistischen Spektrums können andere ideologische Elemente und deren Vertreter besonders anschlussfähig gegenüber Antisemitismus sein, sei es, weil sie sich ähnlicher Argumentationsmuster bedienen, sei es, weil sich personelle und/oder inhaltliche Bezüge zum Judentum und Juden oder entsprechenden Stereotypen herstellen lassen.

So lautet eine aktuell gängige Verschwörungserzählung, der US-amerikanische Milliardär und Philanthrop George Soros, der in Ungarn geboren wurde, Jude ist

und an der Wall Street als Finanzinvestor tätig war, arbeite im Verborgenen daran, Europa zu destabilisieren, indem er Migrationsbewegungen in die Europäische Union maßgeblich unterstütze. Dadurch, so die Erzählung vom „Großen Austausch“, solle das Christentum in Europa und mit ihm die „weiße, christliche Rasse“ minimiert und letztlich ausgetauscht werden. Diese Erzählung widerspricht der Menschenwürde sowie dem Demokratieprinzip und ist ein beliebtes Narrativ innerhalb der extremistischen Anti-Islam-Agitation, vor allem in Kreisen der „Neuen Rechten“.

Hier zeigt sich exemplarisch die strukturelle Nähe von Verschwörungsideologien zum Antisemitismus, bauen diese doch bis heute immer auf dualistischen Weltbildern auf: Die Guten kämpfen gegen die Bösen. Wenn das Böse beschrieben wird, das im Geheimen wirkt, kommen genau diejenigen Eigenschaften zum Vorschein, die in der Vergangenheit Juden als „Agenten des Bösen“ zugeschrieben worden sind. Teile dieser Eigenschaften sind durch das geschichtlich gewachsene Judenbild gleichzeitig Eigenschaften des Bösen. Wenn also das Bild der bösen Weltverschwörer gezeichnet wird, dann handelt es sich dabei um eins, das im „Juden“ leicht konkrete Formen annehmen kann. George Soros trifft es, weil er selbst Jude ist.²⁰

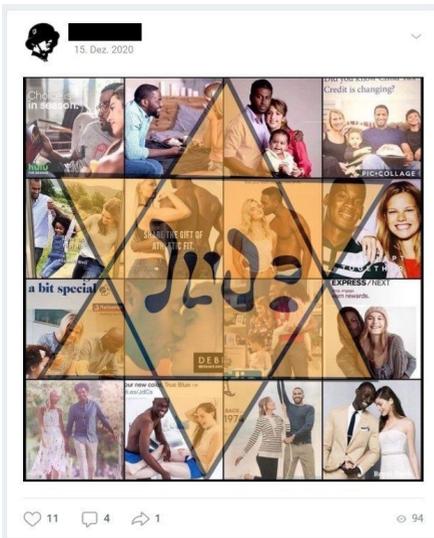
Der Antisemitismus ist auch mit einem anderen Element extremistischer Ideologien, dem Nationalismus, eng verbunden. Dieser unterscheidet zwischen Nationen höherer und niedriger Entwicklungsstufe beziehungsweise „Wertigkeit“. Um die Kategorie Nation zu etablieren, wird aber ein Gegenbegriff benötigt. Da Juden in dieser Weltanschauung die Infragestellung der nationalstaatlichen Ordnung der Welt personifizieren, verkörpern sie die „Gegen-Gesellschaft“ und stellen für viele Nationalisten deshalb eine Bedrohung dar.

²⁰ Vgl. Ayyadi, Kira: Hass aus Soros als gemeinsamer Nenner der internationalen Rechten, 01.12.2018, abrufbar unter: <https://www.belltower.news/antisemitischer-hass-auf-soros-als-gemeinsamer-nenner-der-internationalen-rechten-47790>, abgerufen am: 17.02.2021.

5. Antisemitismus in verschiedenen Beobachtungsbereichen des Verfassungsschutzes

Antisemitismus kommt in sämtlichen extremistischen Milieus vor. Mit Abstand am stärksten verbreitet ist er im Rechtsextremismus, gefolgt vom Islamismus, dem „Reichsbürger“-Spektrum, dem Ausländerextremismus und dem Linksextremismus. Es gibt kaum ein soziokulturelles oder politisches Milieu und noch weniger extremistische Gruppierungen, die frei von Antisemitismus wären. Aufgrund seiner ideologischen Ausformung in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten und dem beispiellosen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten an den europäischen Juden wird er von der Gesellschaft jedoch fast ausschließlich in der extremen Rechten verortet.

5.1 Antisemitismus im Rechtsextremismus und „Reichsbürger“-Spektrum



Juden werden zu Verantwortlichen für den „Weißen Genozid“ gemacht, eine rassistische Mär. © Mdl RP

Der Antisemitismus zählt seit weit mehr als hundert Jahren zu den ideologischen Eckpunkten nationalistischer und völkischer politischer Bewegungen in Deutschland.²¹ Heute noch haben sämtliche Strömungen des Rechtsextremismus eine antisemitische Grundhaltung. Judenfeindliche Verhaltensweisen gibt es sowohl in rechtsextremistischen Parteien als auch in der subkulturellen rechtsextremistischen Szene – mal offen und plakativ, mal verschlüsselt und subtil. Ein Blick auf einschlägige Seiten und Blogs im Internet zeigt, dass Antisemitismus nach wie vor präsent bei Rechtsextremisten ist. Vor allem in den sozialen Medien verbreitet sich antisemitische Hetze mit hoher Geschwindigkeit. Dies erfolgt

²¹ Vgl. Lagebild Antisemitismus 2020, S. 18.

oft durch entsprechend aufbereitete Bilder, die die Nutzerinnen und Nutzer emotionalisieren sollen.

Häufig manifestiert sich Antisemitismus im Rechtsextremismus als eine Verschwörungserzählung von den Juden als mächtigen Lenkern des Weltgeschehens, als Holocaust-Leugnung oder -Relativierung und als Israel-Hass.

Welche spezifische Variante der Verschwörung auch immer erzählt wird, gemein ist ihnen die Grundannahme von nicht greifbaren elitären Zirkeln im Hintergrund, die dort „die Fäden“ des Weltgeschehens ziehen, das heißt die Politik von Staaten lenken. Heute, so Rechtsextremisten, sei das primäre Ziel dieser „Kreise“ die Zerstörung organisch gewachsener Völker durch „Umvolkung“: Nach dieser Erzählung wird die einheimische Bevölkerung gegen eine fremde ausgetauscht, die weiße Mehrheitsgesellschaft durch vermeintlich unkontrollierte Migrationsbewegungen in naher Zukunft in der Minderheit sein und letztlich aussterben.

Die zunehmenden globalen Migrationsbewegungen, die nicht zuletzt aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien für die Bundesrepublik Deutschland 2015 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, haben dieser Erzählung zusätzliche Dynamik verliehen. Zwar handelt es sich dabei vordergründig insbesondere um einen anti-muslimischen Rassismus, den derzeitigen ideologischen Fixpunkt des Agierens der „alten“ und „Neuen Rechten“. Gleichwohl ist die Konstruktion des „Großen Austauschs“ zumindest anschlussfähig für antisemitische Deutungsmuster: Für die Globalisierung und Migrationsbewegungen werden bestimmte konspirativ agierende „Eliten“ verantwortlich gemacht.



Verschwörung als Comic: Darstellung „der Juden“ als Lenker des Weltgeschehens. © Mdl RP

Manchmal ist die Konstruktion selbst schon antisemitisch. So postet zum Beispiel ein „rechter“ Social-Media-Aktivist unter ein Video auf seinem Youtube-Ka-

nal, George Soros destabilisiere Länder, schüre mit seiner Open Society Foundation ethnische und kulturelle Konflikte zu seinem Vorteil, und Angela Merkel setze – in Anspielung auf die Grenzöffnungen 2015 – seine Pläne in Europa in die Tat um. Wenn dann ein Nutzer das Video mit den Worten kommentiert: „George Soros ist Zionist. Die Zionisten wollen die Welt mit Hilfe ihres Zinsgeldsystems versklaven“ (sic!)²², ist das Verständnis vom „Großen Austausch“, das dieser Nutzer an den Tag legt, selbst ein antisemitisches und nicht „nur“ anschlussfähig an entsprechende andere Narrative.

Regierungen werden in dieser Erzählung nicht als selbstständige Akteure angesehen, sondern gelten als willige „Marionetten“, die den Weisungen der jüdischen „Strippenzieher“ folgen. Dies ist gemeint, wenn davon die Rede ist, die Bundeskanzlerin realisiere Soros Pläne in Europa.

Der Attentäter von Halle behauptete vor Gericht, „die Juden“ seien die „Hauptverursacher des weißen Genozids“. Auf die Frage, warum er sein Ziel von Juden auf Muslime verlagert habe, antwortete er: Wenn er nicht die „Ursache“ (Judentum) treffen könne, müsse er „wohl oder übel“ zum „Symptom“ (Islam) wechseln. Das verdeutlicht, wie tief auch der Attentäter von Halle in die Legende vom „Großen Austausch“ und dessen vermeintlich jüdischen Urhebern eintauchte. In seinem veröffentlichten Pamphlet schrieb er vom „ZOG“, einem „Zionist Occupied Government“ (deutsch: einer „zionistisch besetzten Regierung“). Das Akronym ist ein weit verbreiteter Code für die „jüdische Weltverschwörung“.

Bisweilen wird das „Strippenzieher“-Motiv auch mit anderen Formen von Antisemitismus verquickt, zum Beispiel dem israelbezogenen. Der Vorsitzende der NPD in Rheinland-Pfalz, Markus Walter, kommentierte im Dezember 2018 in Facebook ein Video über vermeintliche Polizeigewalt folgendermaßen: „Wenn es eine zionistische Regierung schafft, daß sich die weiße Bevölkerung gegenseitig schlachtet, weißt du, dass der EWIGE Antimensch die Strippen zieht! #NiewiederIsrael.“²³

22 Vgl. Ayyadi 2018.

23 Walter, Markus: Facebook-Eintrag vom 10.12.2018, <https://www.de-de.facebook.com/mwrlp3>, zit. nach: Lagebild Antisemitismus 2020, S. 24

Holocaust-Leugnung, -Relativierung und -Verharmlosung

Kennzeichnend für rechtsextremistischen Antisemitismus ist ferner der Umgang mit dem Holocaust. In der „alten Rechten“ immer noch verbreitet ist die Holocaustleugnung. Darunter versteht die IHRA „solche Diskurse und Formen der Propaganda [...], die die historische Realität und das Ausmaß der Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten und ihre Komplizen während des Zweiten Weltkriegs – bekannt als Holocaust oder Shoa – leugnen“²⁴. Holocaustleugnung ist nach dieser Arbeitsdefinition auch gegeben, „wenn die wesentlichen Mechanismen der Vernichtung (wie Gaskammern, Massenerschießungen, Verhungern und Folter) oder die Vorsätzlichkeit des Völkermords an den europäischen Juden öffentlich geleugnet oder in Zweifel gezogen werden.“ Eine Form der Leugnung ist es ebenfalls, „den Juden vorzuwerfen, sie übertrieben die Shoah oder hätten sie erfunden, um daraus einen politischen oder finanziellen Vorteil zu ziehen, als sei die Shoah das Ergebnis einer Verschwörung der Juden gewesen“.²⁵

Wer den Holocaust leugnet, der kann in der Regel bestraft werden. Die Leugnung des NS-Völkermordes, ein Unterfall der Volksverhetzung nach §130 des Strafgesetzbuchs, stelle eine erwiesenen unwahre und bewusst falsche Tatsachenbehauptung dar und ist nicht vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt, sagt das Bundesverfassungsgericht. Hierdurch ist der öffentliche Frieden gefährdet. Wer den Holocaust leugne, der billige ihn im Prinzip auch. Und das störe den öffentlichen Frieden, so die Richter. Der Holocaust richte sich gezielt gegen bestimmte Personengruppen. Eine Leugnung kann eine gezielte Aggression gegen diese Gruppen bedeuten.²⁶

Außer den „Holocaust-Leugnern“ gibt es Rechtsextremisten, die, zum Teil aus strategischen Erwägungen, kontinuierlich und systematisch die Verharm-

24 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust, abrufbar unter: <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-zur-leugnung-und-verfaelschung>, abgerufen am: 23.02.2021.

25 Ebd.

26 Vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats vom 22. Juni 2018 - 1 BvR 673/18 -, Rn. 27 ff., abrufbar unter: <http://www.bverf.g.de>, abgerufen am: 01.03.2021.

lösung und Relativierung der Shoah betreiben. Bis in die 1960er Jahre hinein stützte sich der in vielen rechtsextremistischen Parteien, Organisationen, Gruppierungen oder Publikationen verbreitete sekundäre Antisemitismus auf eine „Schuld- und Erinnerungsabwehr“. Heute zeichnet er sich oft durch eine „Täter-Opfer-Umkehr“ aus. Zumindest teilweise weist er einen verschwörungstheoretischen Kern auf, wonach „die Juden“ als die tatsächlichen Profiteure des Holocaust gelten, etwa um ihre Nahost-Politik oder deutsche Reparationszahlungen zu rechtfertigen.

Der sekundäre Antisemitismus ist eng mit dem Geschichtsrevisionismus²⁷ verknüpft. Die Vertreter jener „Täter-Opfer-Umkehr“ wollen die Vergangenheit umdeuten, wenngleich sie dies auf eine subtilere Art und Weise versuchen als in den 1960er Jahren. Auch die Relativierung des Holocaust als „historisches Unglück“ und die Ablehnung einer Erinnerungskultur als „Schuld kult“ sind Ausprägungen des sekundären Antisemitismus.

In der Haltung zu Israel ist die rechtsextremistische Szene gespalten: Neonazis lehnen im Sinne eines israelbezogenen beziehungsweise antizionistischen Antisemitismus die jüdische Prägung Israels ab, geben Israel die alleinige Verantwortung für die Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt und unterstellen einen übergroßen Einfluss insbesondere auf die USA. Andere Rechtsextremisten, die vor allem den Islam verächtlich machen, treten vordergründig dezidiert pro-jüdisch beziehungsweise pro-israelisch auf²⁸, was häufig aus einem taktischen Kalkül heraus geschieht. Diese Positionierung erfüllt zwei Funktionen: Erstens soll im vermeintlichen Bündnis mit jüdischen Menschen die Identifikation des Is-

27 Geschichtsrevisionismus bezeichnet den Versuch, historische Ereignisse umzudeuten und, je nach Standpunkt, zu verharmlosen oder zu überhöhen. Dadurch wollen vor allem Rechtsextremisten eine Legitimation für ihre politischen Vorhaben erreichen.

28 Vgl. Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, 3. Aufl., Berlin, S. 45, abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf>, abgerufen am: 30.04.2021; Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg: Lagebild Rechtsextremismus für die Küstenländer Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern/Niedersachsen/Bremen/Hamburg, Lagebild Nr. 2, 2020, Pressefassung, abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/contentblob/14596270/09ea8752aca765a65b6cd98afe64b6f3/data/lagebild-rex-kuestenlaender-presseversion-11-2020.pdf>, abgerufen am: 30.04.2021; N.N.: Rechtspopulismus ohne Antisemitismus?, abrufbar unter: <https://www.cicero.de/innenpolitik/rechtspopulismus-ohne-antisemitismus/43004>, abgerufen am: 30.04.2021.

lam als Gegner besonders legitimiert werden. Gleichzeitig sollen die angebliche Gefährlichkeit und ein „faschistischer“ Charakter des gesamten Islam hervorgehoben werden. Und zweitens versuchen „Islamkritiker“ den Rechtsextremismus-Vorwurf mit Verweis auf ihre pro-jüdische Ausrichtung zu kontern.

Dass der Antisemitismus auch im klassischen Rechtsextremismus eine Rolle in der aktuellen politischen Agitation spielt, zeigen antisemitische Plakate der Partei „DIE RECHTE“ im Europawahlkampf 2019. So ließ die Partei unter anderem in Rheinland-Pfalz etwa Plakate mit israelfeindlichen Parolen aufhängen. Die verwendete Parole „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“ erinnert an den von dem Publizisten und Politiker Heinrich von Treitschke in seiner Denkschrift „Unsere Ansichten“ (1879) formulierten Satz „Die Juden sind unser Unglück“, der später zur Parole des nationalsozialistischen Hetzblattes „Der Stürmer“ wurde. Die rheinland-pfälzische NPD äußert sich in Facebook regelmäßig in antisemitischer Weise israelfeindlich. Israel titulierte sie abwertend als „Judenstaat“ oder als „zionistischen Terrorstaat“.²⁹



Plakat der Partei „DIE RECHTE“.

Antisemitismus im „Reichsbürger“-Spektrum

Unter „Reichsbürgern“ spielt Antisemitismus zwar keine so tragende Rolle wie im Rechtsextremismus. Da diese Szene teilweise aus Anhängern von Verschwörungsmuthe und – in weit geringerem Maße – aus Rechtsextremisten sowie aus „Reichsideologen“ besteht, sind antisemitische Anschauungen jedoch auch dort verbreitet. In den Teilbereichen, in denen sich das Spektrum der „Reichsbürger“ mit der rechtsextremistischen Holocaustleugner-Szene überschneidet, tritt Antisemitismus deutlich hervor.

²⁹ Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2018, S. 52.

Der Kern der „Reichsbürger“-Ideologie sind die Leugnung der Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowie die „Nicht-Anerkennung“ des Grundgesetzes und der bestehenden Rechtsordnung. Mit dieser geht bisweilen aber ein sekundärer Antisemitismus einher, der eine Judenfeindschaft aus dem Motiv der Erinnerungsabwehr heraus beschreibt. Die Erinnerung an das Leid der Juden hat in den staatlichen Ordnungen, die die „Reichsbürger“ anstreben, keinen Platz.

Im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen – vor allem wenn es um die angeblichen Hintergründe der sogenannten etablierten Politik geht – zeigen sich ebenfalls antisemitische Einstellungen. Dabei spielen sowohl der soziale als auch der politische Antisemitismus eine Rolle. „Reichsbürger“ behaupten, dass die Regierung von einer fremden Macht gesteuert werde. Bei dieser fremden Macht handelt es sich mal um „die Zionisten“, mal um „das globale Finanzkapital“, „die Rothschilds“ oder „die Banker von der Ostküste“. Die Codes stehen für eine Verschwörungserzählung, die an den Mythos der „jüdischen Weltverschwörung“ anknüpft. Nicht alle Menschen, die diese Begriffe benutzen, denken dabei zwangsläufig an jüdische Menschen. Aber sie verbreiten Welterklärungsmodelle, die *strukturell* antisemitisch sind.³⁰

5.2 Antisemitismus im Islamismus und Ausländerextremismus

Auch im Weltbild von Islamisten ist Antisemitismus ein fester Bestandteil. Entsprechende Äußerungen finden sich bei vielen Gelehrten und Meinungsführern im islamistischen Spektrum, die „den Juden“ in ihren Schriften und Reden negative Charaktereigenschaften und feindliche Handlungen gegenüber Muslimen unterstellen.

Für Islamisten sind Juden in erster Linie Feinde des Islam und der Muslime, die ihr Herz vor der Botschaft Muhammads verschließen. Sie berufen sich bei ihrer Sicht-

30 Vgl. Lagebild Antisemitismus 2020, S. 52-57.

weise auf den Koran und Auseinandersetzungen aus der Zeit des Frühislam. Demnach würden Juden für gläubige Muslime eine besondere Gefahr darstellen, weil sie den Propheten infrage stellen und Gläubige zum Unglauben verführen könnten.

Juden verkörpern nach der Ansicht von Islamisten außerdem alle Laster eines schlechten Lebenswandels wie zum Beispiel Neid, Habgier, Materialismus, den Vorzug des Diesseits vor dem Leben nach dem Tod und einiges mehr.

Vertreter des jihadistischen, das heißt des gewaltorientierten Islamismus, rufen deshalb dazu auf, Juden zu bekämpfen.

Dem Antisemitismus von Islamisten liegt häufig auch eine politische Motivation zugrunde. Konkret bezieht er sich auf den Nahost-Konflikt und die Situation der Palästinenser, mit denen sich Islamisten vor allem aufgrund der gemeinsamen Religion solidarisch erklären. Anders als in anderen Konfliktsituationen herrscht in dieser Frage Einigkeit zwischen sunnitischen und schiitischen³¹ Islamisten. Zionisten und, hiervon nur unscharf abgegrenzt, Juden allgemein zählen zu ihren Feindbildern. Ihren politisch motivierten Antisemitismus untermauern Islamisten häufig religiös. Sie verweisen auf Textpassagen im Koran, in denen Juden negativ dargestellt werden, und ziehen eine Parallele zwischen



11 2 Kommentare 2 Mal geteilt
Gefällt mir Kommentieren Teilen

Islamistischer Antisemitismus: Darstellung des früheren israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als Kindermörder.
© Mdl RP

31 Im Islam gibt es viele Strömungen. Die zwei wichtigsten sind das Sunniten- und Schiitentum. Der Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten geht auf die Frühzeit des Islam im 7. Jahrhundert zurück. Im Zentrum steht der Streit um die legitime Nachfolge des Propheten Muhammad, der 632 gestorben ist. Auf die ersten drei Nachfolger, genannt Kalifen, konnte man sich einigen, doch als vierten verehren die Schiiten Ali, arabisch „Schia“. Die Sunniten aber folgen dem Kalifen Muawiyah.

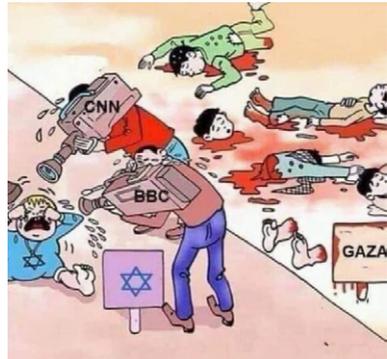
den „Feindseligkeiten der Juden“ gegenüber der frühislamischen Gemeinde um Muhammad sowie den Muslimen der heutigen Zeit. Dabei beschränken sie sich nicht auf das Schicksal der Palästinenser, sondern sehen Zionisten, Juden und den Staat Israel als Drahtzieher hinter vielen Konflikten und Krisensituationen im muslimischen Raum, ohne Beweise vorzulegen. Deshalb stehen Zionisten, Juden und Israel vielfach im Zentrum islamistischer Verschwörungsmythen. Oft vermengen Islamisten die drei Begriffe in diesen Mythen.³²

Bei der Beobachtung islamistischer Bestrebungen in Rheinland-Pfalz stellt der Verfassungsschutz immer wieder antisemitische Aussagen fest. Wie häufig sie zu einer bestimmten Zeit sind, hängt nicht zuletzt vom internationalen politischen Geschehen ab. Im Dezember 2017 provozierte beispielsweise die Ankündigung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, mehrere antiisraelische Aussagen, die sich zugleich gegen Juden richteten. Dabei mischten sich die Proteste gegen den US-Präsidenten und die israelische Politik mit abwertenden Beschreibungen von Juden, zum Beispiel ihre Bezeichnung als Hauptfeinde der Muslime. Es fanden Kundgebungen in Koblenz, Mainz und Trier statt.

Wie sehr die Häufigkeit und die Intensität antisemitischer Äußerungen auch hierzulande vom internationalen politischen Geschehen abhängen, zeigte sich zuletzt während der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Israel und der HAMAS im Mai 2021 besonders drastisch. Diese zogen pro-palästinensische Demonstrationen vor allem arabisch- und türkischstämmiger Personen in vielen deutschen Städten nach sich, auf denen Teilnehmer wiederholt israelfeindliche Parolen riefen, die die Schwelle zum Antisemitismus überschritten. In Münster beispielsweise skandierten Teilnehmer einer unangemeldeten Versammlung „Scheißjuden“. In mehreren deutschen Städten wurden Israel-Flaggen verbrannt und Menschen attackiert, die die Angreifer für Juden hielten. Auf der Versammlung „Demo für Nah-Ost Konflikt“ am 16. Mai 2021 in Koblenz wurde vereinzelt „Israel-Kindermörder“ skandiert. Auch im Internet und den sozialen Medien äußerten sich User aus dem islamistischen Spektrum antisemitisch.

32 Vgl. Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2019, S. 33.

Von legitimer Israel-Kritik sind solche Äußerungen weit entfernt, wie beispielsweise das nebenstehende Bild zeigt, das ein rheinland-pfälzischer User im Mai gepostet hat. Das Posting weist alle Merkmale des „Drei D-Tests“ für israelbezogenen Antisemitismus auf (vgl. Kapitel 3.1): Es arbeitet mit Dämonisierung, Delegitimation und Doppelstandards in der Bewertung israelischer Politik. Es zeigt Israel als ein schreiendes Kind, das von Kameraleuten der Fernsehsender BBC und CNN gefilmt wird und das deren ungeteilte Aufmerksamkeit hat, während in der anderen Bildhälfte, die ein Schild als Gaza ausweist, die auseinandergerissenen Körper von Getöteten und Blutlachen zu sehen sind. Der User charakterisiert in seinem Kommentar neben dem Bild die Politik Israels gegen Palästina als „Terror“, „ethnische Säuberung“ und „Rassismus“. Die von Islamisten häufig gebrauchte Wendung von Israel als „Kindermörder“ wird in der Zeichnung im übertragenen Sinne sichtbar gemacht.



Darstellung Israels als schreiendes und todbringendes Kind.

Antisemitische Einstellungen und Handlungen haben bei Muslimen nicht in allen Fällen einen islamistischen Hintergrund. Antisemitismus findet sich ebenso im arabischen Nationalismus und kann deshalb mitunter bei arabischen Muslimen festgestellt werden, die wenig oder gemäßigt religiös sind. Auch unter palästinensischen und anderen arabischen Christen gibt es bisweilen antisemitische Einstellungen. Mit der gestiegenen Bedeutung des Islamismus in den vergangenen Jahrzehnten und der gleichzeitigen Abschwächung eines eher säkular ausgerichteten arabischen Nationalismus hat der Antisemitismus aber vermehrt eine islamistische Ausrichtung angenommen.³³



Verunglimpfung von Juden als Schweine.

³³ Vgl. Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2017, S. 28 f.

Wenngleich es Islamisten in Deutschland häufig vermeiden, öffentlich zu Straftaten aufzurufen und explizit antisemitische Aussagen zu machen, um einer Strafverfolgung zu entgehen, propagieren sie antijüdische und antiisraelische Feindbilder.

Die 1928 gegründete „Muslimbruderschaft“, die eigenen Angaben zufolge in mehr als 70 Ländern vertreten ist und als älteste sowie einflussreichste sunnitische islamistische Bewegung gilt, ist ein Beispiel hierfür. In Rheinland-Pfalz hat sie etwa 50 Mitglieder und Anhänger. Die antisemitische Grundhaltung dieser islamistischen Organisation ist bis heute durch das 1950 von dem Ägypter Sayyid Qutb veröffentlichte Werk „Unser Kampf mit den Juden“ geprägt, ein „ideologischer Meilenstein“ des islamistischen Antisemitismus. Qutb galt schon zu Lebzeiten als einer der wichtigsten Theoretiker der „Muslimbruderschaft“. Er verband in dem genannten Aufsatz europäisch-antisemitische Stereotype, die „Protokolle der Weisen von Zion“ und antijüdische Koranstellen zu einer Einheit. Durch die Adaption des traditionellen europäischen Antisemitismus und dessen Anpassung an die religiösen, sozialen und kulturellen Eigenheiten der arabischen Welt schuf Qutb einen neuartigen islamistischen Antisemitismus.

Sympathisanten und Anhänger der palästinensischen, sunnitisch-islamistisch HAMAS, die aus der „Muslimbruderschaft“ hervorgegangen ist, veranstalten in Deutschland vor allem antiisraelische Demonstrationen und organisieren Veranstaltungen. Ihren Terrorismus gegen die israelische Zivilbevölkerung verharmlost die HAMAS regelmäßig als „Widerstand gegen die Besatzung“. Zentral ist die Forderung nach einem „Rückkehrrecht“ für alle, die als palästinensische Flüchtlinge gelten, was auch die Nachfahren der tatsächlich vor israelisch-arabischen Kriegen Geflohenen einschließt. Mit dieser Forderung nimmt die HAMAS ein Ende des Staates Israel entweder in Kauf oder strebt es explizit an.³⁴

Ein weiterer Akteur, der antisemitisch in Erscheinung tritt, ist die „Hizb Allah“ (deutsch: „Partei Gottes“), eine schiitisch-islamistische Organisation, deren Heimatland der Libanon ist und die in Deutschland durch den Bundesinnenminister

34 Vgl. Schubert 2020, S. 68.

2020 mit einem Betätigungsverbot belegt wurde. In Rheinland-Pfalz verfügt sie über rund 70 Anhänger und Unterstützer.

Deutschland stellt für die „Hizb Allah“ einen Raum für logistische und finanzielle Unterstützungsleistungen dar. Ihre Sympathisanten organisieren seit vielen Jahren in Berlin Demonstrationen zum „Al-Quds-Tag“, bei denen die „Befreiung Jerusalems und Palästinas“ von Israel, das heißt ein Ende des jüdischen Staates, gefordert und antisemitischer Terror verharmlost und glorifiziert wird.

Auch in der deutschen salafistischen Szene bilden Juden beziehungsweise der Staat Israel – neben Konvertiten, die zuvor Muslime waren, Schiiten und Atheisten – eines der wichtigsten Feindbilder. Beim Salafismus handelt es sich um eine besonders rigide Strömung innerhalb des sunnitischen Islamismus. Salafisten behaupten, sich in ihrem Denken und Handeln ausschließlich an einem wortgetreuen Verständnis von Koran und Sunna sowie am Vorbild der Gefährten des Propheten und der ersten drei Generationen der Muslime zu orientieren. Derzeit werden der salafistischen Szene in Deutschland rund 12.150 Personen zugerechnet. Deren Antisemitismus manifestiert sich besonders im Internet, wo auf Websites und Facebook-Profilen sowie in Messenger-Diensten antisemitische Propaganda verbreitet wird. Prediger des politischen Salafismus geben sich in der Öffentlichkeit gemäßigt und vermeiden in der Regel antisemitische Äußerungen.³⁵

Trotzdem gibt es immer wieder Ausnahmen, wie zum Beispiel ein Video zeigt, das dem Verfassungsschutz im Frühjahr 2019 bekannt wurde. Es zeigt einen Imam bei seinem Islamunterricht in einer pfälzischen Stadt. Die Ausführungen sind, wenngleich sie keinen Straftatbestand erfüllten, offenkundig antisemitisch: Juden werden als geldgierig, geizig und arrogant bezeichnet. Sie glaubten, Gott habe andere Völker erschaffen, „um ihre Esel zu sein“, sagte der Redner, der sich mit der Haltung „der Juden“ des siebten Jahrhunderts in Medina zum Islam befasste. Antijüdische Ressentiments werden bedient, die Schuld

35 Lagebild Antisemitismus 2020, S. 72 f.

für die historischen Konflikte einseitig bei „den Juden“ gesucht und die Muslime ausschließlich als Opfer dargestellt.³⁶

Durch den Antisemitismus ist es im Laufe der Geschichte zu Allianzen zwischen dem islamistischen und dem rechtsextremistischen Spektrum gekommen. Beide dem Grunde nach verschiedenen Spektren verbindet einerseits der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung mit Blick auf den Holocaust und die Geschichte Israels umzudeuten versucht. So gab es beispielsweise wiederholt Konferenzen, die als Ziele die Vernichtung Israels und die Neubewertung der Vergangenheit betonten und von Vertretern beider Lager besucht wurden. Andererseits verbindet die beiden Phänomenbereiche eine antiamerikanische Grundhaltung und der verschwörungstheoretisch motivierte Widerstand gegen die vermeintliche „New World Order“.³⁷

Extremismus mit Auslandsbezug

Im Extremismus mit Auslandsbezug spielt Antisemitismus je nach ideologischer Ausrichtung und Organisation eine unterschiedlich große Rolle. Während er etwa im türkischen Linksextremismus kaum existiert, ist er ideologischer Bestandteil des türkischen Rechtsextremismus. Dieser ist unter der Bezeichnung „Ülkücü“-Bewegung bekannt, seine Anhänger als „Ülkücüler“ (deutsch: „Idealisten“) oder umgangssprachlich als „Graue Wölfe“. Ihr Weltbild ist stark nationalistisch und rassistisch geprägt, richtet sich unter anderem gegen Kurden sowie Juden und propagiert einen traditionalistischen Islam. Viele ihrer Vertreter berufen sich auf Vordenker, die sich dezidiert antisemitisch geäußert haben, unter anderem Nihal Atsız (1905-1975). In einem Artikel von 1934 mit dem Titel „Das sollten die edlen Nachfahren von Moses wissen“ beschrieb Atsız Juden als niederträchtiges Volk, das von niemandem auf dieser Welt gemocht wird außer von den Juden selbst und den Charakterlosen.

36 Vgl. Bericht des Ministeriums des Innern und für Sport, 11.07.2019, Vorlage 17/5126, abrufbar unter: <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/5126-V-17.pdf>, abgerufen am: 11.03.2021.

37 Vgl. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Hassliebe: Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung, 2018, S. 20.

Die „Ülkücü“-Bewegung hat bundesweit ca. 11.000 Mitglieder, Anhänger und Unterstützer, in Rheinland-Pfalz ca. 100. Die Personen sind mehrheitlich in Vereinen des bundesweiten Dachverbandes ADÜTDF („Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“) organisiert. Außer festen Organisationsstrukturen besteht die „Ülkücü“-Bewegung auch aus einer kleineren unorganisierten Szene. Durch deren Anhänger werden Feindbilder zumeist offensiver formuliert als durch die Vereine.

5.3 Antisemitismus im Linksextremismus

Antisemitismus ist kein Bestandteil linksextremistischer Ideologien. Gleichwohl werden auch im linksextremistischen Spektrum Positionen bezogen, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden können und mit einer unreflektierten beziehungsweise undifferenzierten Parteinahme für die Palästinenser und ihre Belange einhergehen.

Israel wird als „imperialistische Macht“ diffamiert, Kritik an der israelischen Politik pauschal und unsachlich geübt und letztlich das Existenzrecht des Staates Israel verneint. Ähnlich wie in anderen extremistischen Milieus bedienen sich einzelne Linksextremisten dabei unangemessener Vergleiche, indem beispielsweise Palästinenser als „Opfer der Opfer“ tituliert werden.³⁸ Eine Parallele zu rechtsextremistischen Antisemiten stellt schließlich die „Erinnerungsabwehr“ dar, wozu die Gleichsetzung von israelischen Militäraktionen mit den Taten der Nationalsozialisten zählt. Insgesamt ist Antisemitismus unter Linksextremisten aber deutlich weniger präsent.

³⁸ Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz 2017, S. 30.

6. Neuere Formen von Antisemitismus

In den vergangenen Jahren hat der Antisemitismus eine neue Qualität erreicht. Die Gründe für diese Entwicklung sind die immense Bedeutung des Internets und der sozialen Medien für die Verbreitung extremistischer Inhalte und ein Erstarren von Verschwörungsphantasien, zuletzt im Zuge der Proteste gegen die coronabedingten Beschränkungsmaßnahmen. Von diesen Faktoren befeuert, hat gleichzeitig die Zahl antisemitischer Vorfälle und Straftaten zugenommen.

Durch anonymisierte und beschleunigte Interaktion über Pseudonyme sowie durch die tabubrechende Verwendung von verbalen und visuellen Mitteln kommt es zu einer kommunikativen Entgrenzung, die vieles sagbar werden lässt.³⁹ Im Netz ist Hassrede dauerhaft zugänglich, auch auf Seiten, deren Anbieter sich klar von Antisemitismus distanzieren. Man muss nicht ins Darknet gehen, um auf extremen Antisemitismus zu stoßen. Die Anonymität des Internets trägt dazu bei, dass antisemitische Äußerungen zunehmend explizit erfolgen. Gewissermaßen „im geschützten Raum“ können User über eine Vielzahl von zum Teil drastischen Sprachgebrauchs- und Bildmustern ihren Hass wirksam ausdrücken. Das Internet ist ein Katalysator für einen erstarkenden Antisemitismus.⁴⁰

In den zurückliegenden Jahren gab es einige Anschläge, denen im Internet sprachlich der Boden geebnet wurde. So war der Täter von Halle zuvor im Web aktiv, leugnete auf der Streaming-Plattform „Twitch“ die Shoah und behauptete, „der Jude“ stecke hinter Masseneinwanderungen. Die Gefahr einer Nachahmung ist nach solchen Taten stets gegeben.

Sobald „den Juden“ digital von vielen sich gegenseitig bestärkenden Usern permanent die Schuld für verschiedenste gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen gegeben wird, kann dies fatale Folgen haben. Angesichts der Dynamik des Internets lässt sich gegenwärtig nicht sagen, wie sich Judenfeindschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Aufgrund der Zunahme des Problems in den vergangenen Jahren muss man aber davon ausgehen, dass es noch weiter wächst.⁴¹ Durch die Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstech-

40 Ebd., S. 49.

41 Vgl. ebd., S. 52.

nologie lässt sich Antisemitismus schnell und über verschiedene, zum Teil miteinander kombinierte Medien (Text, Bild, Audio, Video) vervielfältigen.⁴² Entsprechende Inhalte werden zum Teil codiert.

Neuen Auftrieb bekam der Antisemitismus seit 2020 im Zuge der Proteste gegen die Corona bedingten Beschränkungen des öffentlichen Lebens. Die Pandemie und die staatlichen Gegenmaßnahmen haben zu einer Zunahme von Verschwörungserzählungen in der Öffentlichkeit geführt, an die judenfeindliche Narrative andocken oder die selbst schon antisemitisch sind. Ein bekannter antisemitischer Topos, der seit dem Pandemie-Beginn noch stärker zum Tragen kommt, ist die Vorstellung von einer jüdischen Elite, die die Krise initiiert habe und sie sich zunutze mache. Insbesondere rechtsextremistische Akteure instrumentalisieren die Unsicherheit in der Gesellschaft und verbreiten antisemitische Hassreden und Falschmeldungen unter anderem auf Social-Media-Plattformen, um ihre weltanschaulichen Vorstellungen in die Mitte der Gesellschaft zu tagen.⁴³

Auf den Corona-Demonstrationen trugen Teilnehmer einen gelben Stern, der an den sogenannten „Judenstern“ der Nationalsozialisten erinnern sollte und in dem das Wort „Jude“ durch „ungeimpft“ ersetzt war. Dadurch wird die Erinnerung an die Shoah instrumentalisiert. Personen, die einen solchen Stern tragen, sagen nicht, „die Juden“ seien schuld an vermeintlichen Impfschäden, sondern sie erklären sich selbst zum „Juden“, um sich einen besonderen Opferstatus zuzuschreiben.

Der Post eines rheinland-pfälzischen Facebook-Nutzers vom Januar 2021⁴⁴, der einen gelben Stern zeigt, in dessen Mitte zu lesen ist: „Nicht geimpft“, und



Verharmlosung der Shoah in Wort und Bild.

42 Schwarz-Friesel, Monika: Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 15 f.

43 Becker 2020, S. 51.

44 Siehe Kapitel 4.

über dem steht: „Die Jagd auf Menschen kann nun wieder beginnen“, ist dafür ein Beispiel. Die Darstellung spielt das Leiden der Jüdinnen und Juden in verletzender Weise herunter und führte auch zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung nach § 130 StGB.

Sekundären Antisemitismus stellen ebenfalls die bei Protesten gegen die Corona-Beschränkungen gezogenen Vergleiche mit Anne Frank dar. Solche abwegigen Vergleiche sollen suggerieren, die Corona-bedingte Einschränkung von Grundrechten habe eine „Corona-Diktatur“ zur Folge, die Menschen genauso zu Opfern mache wie die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten.



„QAnon“-Symbol.

Im Blick des Verfassungsschutzes ist bereits vor dem Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Januar 2021 auch die aus den USA stammende Verschwörungserzählung „QAnon“ gewesen. Die digitale Subkultur, die im Zuge der Corona-Proteste neue Anhänger in Deutschland fand, greift jahrhundertealte jüdenfeindliche Stereotype wie die Legende vom Ritualmord an Kindern auf und kombiniert sie mit der Behauptung, eine geheime Elite agiere als Staat im Staate („Deep State“ oder „Tiefer Staat“), finanziert von jüdischen Bankiers. Ziel sei eine „Neue Weltordnung“.

Anhänger dieser abstrusen Erzählung haben in dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump einen Helden gesehen, der dem moralisch degenerierten „Tiefen Staat“ das Handwerk legen könne. Die liberalen Eliten an seiner Spitze seien Pädophile, die Kinder missbrauchten, ermordeten und ihr Blut trinken würden. Diese Erzählung ist deshalb antisemitisch, weil in ihren Geschichten immer wieder Juden, George Soros oder die Familie Rothschild, als Verschwörer gebrandmarkt werden und weil die Anschuldigung, diese würden aus dem Blut der Kinder den mysteriösen Stoff Adrenochrom⁴⁵ gewinnen, Motive aus den antijüdischen Ritualmordlegenden des Mittelalters aufgreift.

45 Adrenochrom ist ein Stoffwechselprodukt des Adrenalins. Es wurde 1952 im Zuge klinischer Studien zum Verständnis der Schizophrenie und deren Behandlung näher untersucht.

Seit dem Frühjahr 2020 gewann „QAnon“ in Deutschland Anhänger hinzu. Insbesondere in „Reichsbürger“-Kreisen gibt es Zuspruch für diese Erzählung, aber auch darüber hinaus. So sind in Social-Media-Auftritten, die dem Corona-Protestgeschehen zuzuordnen sind, häufig Versatzstücke dieser Verschwörungserzählung wiederzufinden. Bei Demonstrationen und anderen Aktionen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland trugen Personen T-Shirts oder Fahnen mit „QAnon“-Symboliken und gaben sich so als Anhänger zu erkennen. Auch in einigen Chat-Gruppen des Messenger-Dienstes Telegram, die einen Rheinland-Pfalz-Bezug haben und sich thematisch vorwiegend gegen die Corona-Maßnahmen richten, sind „QAnon“-Inhalte verbreitet worden. Insgesamt glaubt indes nur eine kleine Minderheit an diese Verschwörung. Antisemitische Verschwörungsmymen haben durch „QAnon“ in Deutschland nicht signifikant an Popularität zugelegt.⁴⁶

46 Vgl. auch Butter, Michael: Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart, 26.11.2021, Dossier „Antisemitismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/321665/antisemitische-verschwoerungstheorien>, abgerufen am: 11.03.2021.

7. Antisemitische Straf- und Gewalttaten

Seit 2001 erheben die Innenministerien/-behörden des Bundes und der Länder Daten über antisemitische Straftaten auf der Grundlage der „Richtlinien für den kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität“ (PMK). In Rheinland-Pfalz hat, wie in Deutschland insgesamt, deren Zahl seit einigen Jahren zugenommen.⁴⁷ Weit überwiegend sind die Taten rechtsmotiviert.

Das Bundesinnenministerium verzeichnet für das Jahr 2020 im Bundesgebiet 2.275 Straftaten gegen jüdische Menschen und Einrichtungen. Das ist der höchste Wert seit 2001 und bedeutet einer Steigerung um rund 55 Prozent in den zurückliegenden fünf Jahren. In Rheinland-Pfalz ereigneten sich 2020 46 judenfeindliche Straftaten, vor fünf Jahren lag deren Zahl noch um 20 niedriger.⁴⁸

Doch nicht nur die Anzahl der Straftaten nimmt zu, sondern auch ihre Intensität. Die antisemitischen Gewalt- und Straftaten haben „eine lange nicht mehr dagewesene Zerstörungskraft“⁴⁹ erreicht. So versetzte 2019 in Halle an der Saale der Terroranschlag auf die Synagoge an Jom Kippur der Öffentlichkeit einen Schock. Weitere Beispiele sind der Brandanschlag auf die Bar eines jüdischen Besitzers am 14. August 2020 in Berlin, bei dem die Bar vollständig ausbrannte, die Gürtel-Attacke am 28. August 2020 im Haus einer Burschenschaft in Heidelberg auf einen Gast, nachdem dieser erzählt hatte, er habe jüdische Vorfahren, und eine Klappspaten-Attacke auf einen jüdischen Besucher der Eimsbütteler Synagoge in Hamburg am 4. Oktober 2020, bei der das Opfer erhebliche Kopfverletzungen erlitt.

Vergleicht man die hohe Zahl an antisemitisch motivierten Gewalttaten mit der Verbreitung von antisemitischen Ressentiments, zeigt sich auf den ersten Blick jedoch ein Widerspruch. Denn wissenschaftlichen Erhebungen zufolge sind antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung insgesamt zurückgegangen. Eine Erklärung lautet: Manifeste antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung

47 Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die polizeilich erhobenen Daten naturgemäß nur das „Hellfeld“ abbilden. Viele Delikte werden nicht zur Anzeige gebracht und verbleiben im „Dunkelfeld“, das für die Öffentlichkeit, die Behörden und die Polizei unsichtbar ist.

48 Auf Bundesebene lagen die Zahlen zuletzt bei 2.032 (2019), 1.799 (2018) und 1.504 (2017), in Rheinland-Pfalz bei 50 (2019), 32 (2018), 22 (2017) und 26 (2016).

49 Vgl. Kiess, Johannes/Decker, Oliver et al.: Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes, in: Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, S. 211-248, S. 211.

haben zwar abgenommen, Träger dieses Ressentiments sind jedoch radikaler geworden und schreiten eher zur Tat. Eine andere könnte darin bestehen, dass empirisch arbeitenden Forschern aufgrund der seit mehreren Jahrzehnten wirksamen Ächtung des Antisemitismus dessen Verbreitung teilweise entgeht, weil die Befragten ihren Antisemitismus nicht offen äußern. Auch könnte es sein, dass sich durch die Sanktionierung des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland seine Erscheinungsformen verändern, es nun also andere Motive sind, in denen sich Hass auf Juden äußert.⁵⁰

Unter Rechtsextremisten ist der Antisemitismus wesentlich verbreiteter, besonders in Form des „Schuldabwehrantisemitismus“, der sehr hohe Zustimmung erfährt. Die Ballung antisemitischer Einstellungen in den „rechten“ Milieus könnte in Verbindung mit der beobachteten Radikalisierung am „rechten“ Rand und der Polarisierung der Gesellschaft erklären, warum antisemitische Straftaten zunehmen, obwohl die Verbreitung des Antisemitismus auf der Einstellungsebene eher zurückgeht.⁵¹

Auch Rheinland-Pfalz stellt wie erwähnt keine Ausnahme dar, was die Virulenz des Antisemitismus sowie den Anstieg entsprechender Vorfälle und Straftaten betrifft. Einige seien hier exemplarisch aufgeführt:

- Nur eine Stunde, nachdem am 28. August 2020 in Mainz ein Stolperstein⁵² im Rahmen einer Gedenksteinveranstaltung verlegt worden war, wurden die dort niedergelegten Blumen und der Stein beschmutzt.
- Ein rheinland-pfälzischer Facebook-Nutzer stellt Juden in zwei comicartigen Posts unter anderem als raffgierig, gefährlich und als minderwertigen Teil der Gesellschaft dar. Sowohl die Darstellung der Physiognomie als auch die textliche Charaktere-



Judenfeindliche Stereotype in Reinform.

50 Vgl. ebd., S. 212 f.

51 Ebd., S. 243 f.

52 Stolpersteine, ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, sind im Boden verlegte kleine Gedenktafeln, die an das Schicksal der Menschen erinnern sollen, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden.

risierung der Gezeigten aus dem Juni 2018 bedienen dabei gängige antisemitische Stereotype und erinnern an Machwerke aus der Nazizeit.

- In seinem Facebook-Profil veröffentlicht ein User aus dem Landkreis Birkenfeld im August 2019 ein stilisiertes Bild des Eingangs des Konzentrationslagers Auschwitz und der in das Lager führenden Eisenbahn-Schienen. Eingefasst ist das Bild von dem Schriftzug: „Refugees Welcome“. Darüber ist zu lesen: „Es fährt ein Zug nach nirgendwo...“.



- In Facebook wird von einem User aus dem Kreis *Judenfeindliches Meme.* Bad Kreuznach im Januar 2021 ein Bild gepostet, das einen Gelben Stern aus Stoff zeigt, in dessen Mitte „Nicht geimpft“ geschrieben steht. Darüber findet sich die Aussage: „Die Jagd auf Menschen kann nun wieder beginnen.“ Mit Bezug auf die Impfungen gegen das Corona-Virus zeigt sich hier eine Form von sekundärem Antisemitismus.
- Zwischen einer muslimischen Familie, einer Frau und ihren beiden Söhnen, und einer jüdischen Familie, einer Frau und ihren beiden Söhnen, kam es im Januar 2018 in Offenbach an der Queich zu einem Streit wegen der Sauberkeit in der gemeinsam benutzten Küche einer Asylunterkunft. Im Verlauf des Streites sollen Worte wie „Scheiß Juden“ und „Schweine Juden“ gefallen sein.

Im Vergleich zu antisemitischen Vorfällen, denen eine rechtsextremistische Motivation zugrunde liegt, bilden solche, in denen sich eine islamistische Haltung ausdrückt, eine kleine Zahl sowohl der polizeilich erfassten Straftaten als auch der durch zivilgesellschaftliche Organisationen dokumentierten Taten. Im Übrigen ist bei vielen Taten, die Muslimen zugeschrieben werden, weniger eine religiöse Motivation die Ursache. Von größerer Bedeutung ist oft der Bezug zu dem Nationalismus eines mehrheitlich muslimischen Landes sowie einer damit verbundenen Palästina-Solidarität.⁵³

53 Vgl. Schubert, Kai E.: ‚Muslimischer Antisemitismus‘, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus Deutschland, Berlin 2020, S. 66-69, S. 67.

8. Maßnahmen und Prävention gegen Antisemitismus

Das Land Rheinland-Pfalz räumt, wie auch der Bund und andere Länder, der Bekämpfung von Antisemitismus eine hohe Priorität ein. Menschen jüdischen Glaubens sollen hier sicher leben können. An der Bekämpfung des Antisemitismus beteiligt sich in Rheinland-Pfalz daher eine Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die durch ihre Maßnahmen jeweils verschiedene Handlungsfelder abdecken.

Neben Polizei, Justiz und Verfassungsschutz kommt es dabei maßgeblich auf Strukturen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, der Präventions- und der politischen Bildungsarbeit an. Der Verfassungsschutz hat im Rahmen seines Auftrages, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen, ein besonderes Augenmerk auf judenfeindliche Verhaltensweisen mit extremistischem Hintergrund, richten sie sich doch gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip des Grundgesetzes. Vor allem für Rechtsextremisten und für Islamisten ist der Antisemitismus ein wesentlicher Bestandteil ihrer Ideologie.

Mit der Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“ gibt es seit August 2019 beim Verfassungsschutz eine Einrichtung, die entsprechende Texte und Darstellungen im Netz aufmerksam registriert und gegebenenfalls an die Strafverfolgungsbehörden weiterleitet. Schließlich weist die beim Verfassungsschutz angesiedelte Präventionsagentur gegen Extremismus in ihren Vorträgen und Workshops auf die Gefahren hin, die vom Antisemitismus ausgehen. Bereits im Jahresbericht 2017 machte der rheinland-pfälzische Nachrichtendienst Antisemitismus zu einem der Schwerpunktthemen. Mit dieser Broschüre leistet er nun einen weiteren Beitrag zur Information der Öffentlichkeit.

2021 wurde beim Verfassungsschutz eine Dokumentations- und Koordinierungsstelle gegen Antisemitismus eingerichtet. Diese soll Erkenntnisse über antisemitische Umtriebe aus den einzelnen Phänomenbereichen bündeln und die Bearbeitung koordinieren. Daneben soll der Informationsaustausch im Verfassungsschutzverbund und mit den Ansprechpartnern im Land weiter verbessert werden.

Die Polizei ermittelt, wenn antisemitische Straftaten geschehen, und liefert auf der Grundlage der „Richtlinien für den kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fäl-

len politisch motivierter Kriminalität“ gewissermaßen ein alljährliches Lagebild über judenfeindlich motivierte Kriminalität hierzulande. Nach dem Anschlag von Halle hat sie die Schutzvorkehrungen für jüdische Einrichtungen in Rheinland-Pfalz nochmal erhöht.

Wie wichtig dem Land der Kampf gegen Antisemitismus ist, zeigt sich nicht nur im Agieren der Sicherheitsbehörden. Seit Mai 2018 gibt es einen Beauftragten der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz. Er ist Ansprechpartner aller Juden im Land und zentraler Koordinator aller Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention gegen Judenfeindlichkeit. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte den Kampf gegen Antisemitismus schon 2017 zur „Chefsache“ erklärt. Der Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, der 2019 und 2020 unter der Federführung des Jugend- und Sozialministeriums entstanden ist, widmet dem Antisemitismus ein eigenes Kapitel.

Wertvolle Aufklärung über das Judentum und seine Anfeindungen in Rheinland-Pfalz leistet die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) mit ihren Publikationen, Vorträgen und ihrer Gedenkarbeit. Im ersten Halbjahr 2021 setzte sie einen Themenschwerpunkt, der in zahlreichen Veranstaltungen „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ beleuchtete. In der Gedenkstätte „KZ Osthofen“, welche wie die Gedenkstätte „SS-Sonderlager/KZ Hinzert“ zum Geschäftsbereich der LpB gehört, wurden von Januar bis Juni 2021 Lebenswege jüdischer Häftlinge präsentiert.

Im September 2020 hat die vom Land geförderte private Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz ihre Arbeit aufgenommen, bei der sich Betroffene oder Zeugen solcher Taten vertraulich melden können. Schon seit 2018 gibt es die „Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz – m*power“, an die man sich via E-Mail, kontakt@mpower-rlp.de, oder telefonisch unter 0151/10594799 wenden kann.

Auch das beim Landesjugendamt angesiedelte Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz klärt im Auftrag des Bundes-Förderprogramms „Demokratie leben!“

mit verschiedenen Veranstaltungen und Projekten über Formen von Antisemitismus auf. Beispielsweise lud es für September 2020 junge Menschen zu einem Planspiel Antisemitismus ein. Schließlich haben sich viele private Initiativen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichster Weise für die Erinnerung an die Judenverfolgung während des „Dritten Reichs“ und gegen Antisemitismus engagieren, in der „Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Rheinland-Pfalz“ zusammengetan. Diese informiert im Internet auf „www.lagrlp.de“ ausführlich über ihre Projekte, Publikationen und Veranstaltungen.

Antisemitismus wird eine Herausforderung bleiben. Um diesem „seit Jahrhunderten beständigen Ressentiment“ wirkungsvoll Einhalt zu gebieten, bedarf es künftig mehr denn je des Zusammenspiels von Behörden, Politik und wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteure.

Anhang

Stichwortverzeichnis	Seite
A	
Antijudaismus	12, 14
Antizionismus	18
Auschwitz	9 ff.
B	
Bbeauftragter der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz	57
D	
Dokumentations- und Koordinierungsstelle gegen Antisemitismus	56
Drei D-Test	18
F	
Freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO)	24 ff.
G	
Gelber Stern/„Judenstern“	47
Graue Wölfe	42
Großer Austausch	27, 31 ff.
H	
HAMAS	40
Hizb Allah	40 f.
Holocaust-Leugnung	33
I	
Ideologie der Ungleichheit	25
Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)	10
Israelbezogener Antisemitismus	18 ff.
K	
Koran	37 ff.

M

Muslimbruderschaft 40

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 24, 35

Nationalsozialismus 15 f.

P

Politisch motivierte Kriminalität 52 ff.

Protokolle der Weisen von Zion 15

Q

„QAnon“ 48 f.

R

Ritualmord-Legende 11

S

Salafismus 41 f.

Schuld- und Erinnerungsabwehr 34

„Schutzbefohlene“ 13

Sekundärer Antisemitismus 20 ff.

T

Täter-Opfer-Umkehr 34

Talmud-Hetze 14, 16

„Tiefer Staat“/Deep State 48

Ü

„Ülkücü“-Bewegung 42 f.

Z

Zionist Occupied Government 32

Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Innern und für Sport
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

Satz und Druck:

Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz



RheinlandPfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Telefon: 06131/16-3773
www.verfassungsschutz.rlp.de